



HESSISCHER LANDTAG

29. 03. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Veterinärverwaltung: Überwachung verbessern, Lebensmittelsicherheit erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Veterinärämter ihren Aufgaben teilweise nur unzulänglich nachgekommen sind und daher die Anforderungen an die Lebensmittelüberwachung nur unzureichend erfüllt wurden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Analyse des tatsächlichen Finanzbedarfs vorzunehmen. Laut Hessischem Rechnungshof sind hierzu die Kostenstandards und ein Aufgabenkatalog zu entwickeln sowie eine Personalbedarfsberechnung vorzunehmen.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die für die Veterinärämter zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte finanziell besser auszustatten, sodass diese die notwendige Personalausstattung den Anforderungen an eine ausreichende Lebensmittelüberwachung entsprechend anpassen und erhöhen können.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Erfüllungsquote von lediglich 67 % bei der Einreichung von Lebensmittelproben an das Hessische Landeslabor im Jahr 2018 nicht ausreichend ist und einer deutlichen Verbesserung bedarf.
5. Der Hessische Landtag stellt fest, dass eine Erfüllungsquote von weniger als 1 % bei ursprünglich geplanten 419 Plankontrollen in Schul- und Kita-Kantinen in Frankfurt am Main im Jahr 2020 und eine Erfüllungsquote von rund 5 % bei den Plankontrollen für das Jahr 2021 inakzeptabel sind.
6. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, den Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofs Folge zu leisten, die Ursachen für die Überwachungsdefizite aufzuklären und gemeinsam mit den Veterinärbehörden Standards zu erarbeiten, um für einheitliche Kontrollen zu sorgen.
7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, Betriebe mit höherem Risiko vorrangig zu überwachen. Auf eine Priorisierung nach Risikoklassen soll von Seiten des Umweltministeriums hingewirkt werden. Die Gesamtzahl der Prüfungen soll trotz der vorrangigen Überwachung nicht reduziert werden.
8. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass Großbetriebe in Hessen zentral durch das Regierungspräsidium Darmstadt geprüft werden und eine Schnittstelle für die elektronische Übermittlung der Eigenkontrollen seitens der übrigen zu kontrollierenden Betriebe eingerichtet wird.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen geeigneten Sachkundenachweis für den Gaststättenbetrieb mittelfristig im hessischen Gaststättenrecht zu verankern, um den beiderseitigen Kontrollaufwand erheblich zu reduzieren und damit auch hier den Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofs zu folgen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Organisation für die Lebensmittelproben zu optimieren und hierfür ein zielgerichtetes Konzept zu erstellen. Mittelfristiges Ziel sollte sein, dass die Aufgabe der Probenentnahmen auf das Landeslabor übergeht, um die Lebensmittelkontrolleure zu entlasten bzw. um diesen mehr Zeit für die Betriebskontrollen zu verschaffen. Eine zusätzliche Entlastung der kommunalen Aufgabenträger durch das Land wäre durch diese Maßnahme gegeben.

Begründung:

Die Lebensmittelüberwachung in Hessen fällt in den Verantwortungsbereich der kommunalen Veterinärämter. Sie tragen Sorge für Betriebskontrollen und entnehmen Lebensmittelproben. Die Prüfung des Hessischen Rechnungshofes in den Jahren 2016 bis 2018 hat ergeben, dass die Veterinärämter ihren Aufgaben nur unzulänglich nachgekommen sind. Die Anforderungen an die Lebensmittelüberwachung wird nur unzureichend erfüllt. Im Jahr 2018 wurden lediglich 74 % der Kontrollen durchgeführt. Das heißt, jede vierte Betriebskontrolle hat nicht stattgefunden. Dabei reichten die Erfüllungsquoten der einzelnen Ämter im Jahr 2018 von 17 % bis über 100 %. Das Risiko, dass lebensmittelrechtliche Verstöße unbemerkt bleiben, ist daher hoch. Ein ähnliches Bild zeigte sich im Jahr 2018 auch bei den Lebensmittelproben: Lediglich 13.800 der insgesamt 20.700 Proben (ca. 67 %) wurden an das Hessische Landeslabor geliefert.

Wiesbaden, 29. März 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph